

II-3654 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 17991J

1982-03-31

A N F R A G E

der Abgeordneten Fritz Marsch, Dr. Hesele, Dr. Veselsky, Braun
und Genossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend die Wiederherstellung der demokratischen Verhält-
nisse in der Türkei.

In ihrer Sitzung am 28. Jänner 1982 hat die Parlamentarische Ver-
sammlung des Europarates mit 68 : 41 Stimmen bei 5 Stimmenthaltun-
gen u.a. die Resolution 765 (1982) über die Lage in der Türkei an-
genommen. In dieser Resolution wird die türkische Regierung insbe-
sondere wegen der Menschenrechtsverletzungen, vor allem wegen des
Verbotes politischer Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen,
wegen der Festnahmen aufgrund von Meinungsdelikten, der Folter und
der Mißhandlung politischer Häftlinge sowie wegen der Gerichtsver-
fahren ohne ausreichende Verteidigungsmöglichkeiten für die Ange-
klagten, in scharfer Weise kritisiert. Gleichzeitig wird die türki-
sche Regierung u.a. aufgefordert, die politischen Gefangenen zu be-
freien, die freie Wiederherstellung demokratischer und gewerkschaft-
licher Organisationen zu ermöglichen, den Schutz und die Gleichberech-
tigung der religiösen Minderheiten sicherzustellen sowie die demokra-
tischen Einrichtungen wiederherzustellen. In diesem Zusammenhang hat
die Parlamentarische Versammlung auch auf die Möglichkeit der Ergrei-
fung einer Staatenbeschwerde gemäß Art. 24 der Europäischen Menschen-
rechtskonvention hingewiesen und schließlich ihrer Auffassung Ausdruck
verliehen, daß dieses Verfahren zur Anwendung kommen sollte, um zu
überprüfen, in welchem Maße die behaupteten Folterungen und Menschen-
rechtsverletzungen in der Türkei begründet sind. Insgesamt hat somit
die Parlamentarische Versammlung von einem sofortigen Ausschluß der
Türkei aus dem Europarat Abstand genommen und ihrer Hoffnung nachdrück-
lich Ausdruck verliehen, daß die Türkei ehestmöglich wieder zu einem
dem Statut des Europarates konformen Zustand der vollen Beachtung der
Europäischen Menschenrechtskonvention zurückkehrt.

- 2 -

Mit der Empfehlung 936 (1982) vom gleichen Tage hat weiters die Parlamentarische Versammlung das Ministerkomitee des Europarates aufgefordert, eng mit der Parlamentarischen Versammlung bei der Beobachtung der interenen Situation der Türkei zu kooperieren und alle zu seiner Verfügung stehenden Mittel zu nützen, um die Rückkehr der Türkei zur Demokratie und zum Respekt der Menschenrechte zu erleichtern.

Aus diesem Grunde richten die unterfertigten Abgeordneten daher an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e:

1. Über welche Informationen verfügen Sie hinsichtlich der Beurteilung der aktuellen internen Lage der Türkei, insbesondere im Hinblick auf die Rückkehr zur Demokratie und zum Respekt der Menschenrechte?
2. Inwieweit ist es Ihnen möglich, über die für die nächste Zeit voraussichtliche Entwicklung der Situation in der Türkei Angaben zu machen?
3. Auf welche Weise hat die türkische Militärdiktatur auf die in der Anfrage erwähnten Beschlüsse der Parlamentarischen Versammlung des Europarates reagiert?
4. Ist es im derzeitigen Stadium möglich, irgendwelche Auskünfte über die weitere Behandlung dieser Frage im Rahmen des Europarates zu geben?
5. Was hat Österreich unternommen, um auf das derzeitige Regime in der Türkei für die Rückkehr zur Demokratie und zum Respekt der Menschenrechte einzuwirken?